

LinksBlick

Kreisverband und Kreistagsfraktion DIE LINKE. Teltow-Fläming

Gesundheit ist keine Ware

Im schwarz-gelben Koalitionsvertrag findet sich die Forderung nach einer Neuordnung der Finanzierung des Gesundheitssystems. Kernstück ist und bleibt die Ersetzung der einkommensabhängigen Beitragszahlung durch eine „Kopfpauschale“.

Damit setzt Schwarz-Gelb den von den Vorgängerregierungen eingeschlagenen Weg der schrittweisen Freistellung der Arbeitgeber von den steigenden Beitragssätzen fort. Das Gesundheitssystem begreifen Merkel & Westerwelle als zukünftigen Wirtschaftszweig, Gesundheit und Krankheitsbehandlung als öffentliches Gut und Leistung des Sozialstaates sollen mehr und mehr privaten Gewinninteressen untergeordnet werden. Die Entwicklung einer Zweiklassen-Medizin mit großen Versorgungslücken für immer mehr Menschen wird so beschleunigt.

Weil diese unsozialen, gegen die Gesundheit der überwiegenden Mehrheit der Menschen in diesem Land gerichteten Pläne nicht widerstandslos hingenommen werden dürfen, fasste der Bundesvorstand DIE LINKE in der ersten Jahreshälfte mehrere Beschlüsse zu einer bundesweiten Gesundheitskampagne, die im Herbst 2010 durchgeführt werden soll. Sie soll die Bildung eines breiten gesellschaftlichen

Bündnisses gegen die Einführung der Kopfpauschale bewirken und unser Alternativprojekt einer solidarischen Bürgerversicherung auf die politische Agenda setzen.

In der solidarischen Bürgerversicherung ist jeder Mensch Mitglied. Sie bezieht alle Einkommensarten ein, alle, auch die heute privat Versicherten, zahlen entsprechend ihrem Einkommen in die Bürgerversicherung ein. Die Beitragsbemessungsgrenze wird abgeschafft, der Beitrag richtet sich nach der finanziellen Leistungsfähigkeit. Die durch die neoliberalen „Reformen“ der letzten Jahre abgeschaffte Beitragsparität wird wiederhergestellt, d.h., die Arbeitgeber tragen die Hälfte der Beiträge ihrer Beschäftigten. Die private Krankenversicherung wird auf Zusatzversicherungen beschränkt, das in Europa einmalige Nebeneinander von gesetzlicher und privater Krankenversicherung endlich beendet.

Bei Einführung der solidarischen Bürgerversicherung reichten weniger als zehn Prozent des gegenwärtigen Gesamtbeitragsvolumens aus, um den heutigen Leistungsumfang der Krankenversicherung zu finanzieren und eine umfassende Gesundheitsversorgung für alle Menschen zu gewährleisten.

Alexander Fröhlich, Blankenfelde

Teltow-Fläming im Bild

Jede Ausgabe unserer Zeitung hat ein neues Bild aus Teltow-Fläming. Wer erkennt den Ort der Aufnahme?



Auflösung des Bilderrätsels der letzten Ausgabe

Seite 5

Zitiert ...

Man kann einen Teil des Volkes die ganze Zeit täuschen. Und das ganze Volk einen Teil der Zeit. Aber man kann nicht das ganze Volk die ganze Zeit täuschen.

Abraham Lincoln (1809-1865)

DIE LINKE.

EINER VON UNS

Im Gespräch mit Christa Zernick

Christa: Gen. Reichardt, in Rangsdorf und Umgebung bist Du bekannt, weniger jedoch in Luckenwalde und Jüterbog. Würdest Du Dich bitte kurz vorstellen?

Achim: Geboren 1929 in Korbußen bei Gera, 1944 Lehre als Bankkaufmann, 1950 bis 1953 Fortbildung an der Universität Jena; ABF; Abitur, 1953 bis 1956 Studium Völkerrecht und Internationale Beziehungen in Potsdam-Babelsberg; Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften.

Zur Ergänzung: Die DDR hat damals viel getan, jungen Menschen einen Bildungsweg zu eröffnen. Mit 21 Jahren habe ich so noch einmal die Schulbank gedrückt, Abitur nachgeholt und dann studiert. Mit einem Stipendium der „maroden DDR“, wie es immer gesagt wird, war das auch jungen Menschen aus finanzschwachen Familien möglich.

Von 1956 bis 1981 arbeitete ich im Diplomatischen Dienst der DDR, u.a. in Ägypten, im Sudan, in Libyen und war von 1978 bis 1981 Botschafter der DDR im Libanon. Ab 1982 bis zur Rente war ich beim Solidaritätskomitee und seinem Nachfolgeverein.

Christa:
Welche Erkenntnisse konntest Du in diesen Jahren gewinnen?

Achim: Vorwiegend war ich in Entwicklungsländern tätig, lernte dort die Armut und koloniale Hinterlassenschaft kennen. Es wurde mir bewusst, dass die Rückständigkeit nicht von heute auf morgen überwunden werden kann.

Gesellschaftliche Veränderungen brauchen Zeit. Das ist auch für die Gegenwart zu beachten.

Christa: Welche Erfahrungen gab es bei dieser Tätigkeit mit den Vertretern anderer Staaten?



Achim Reichardt

Achim: Ich machte in all den Jahren die Erfahrung, dass bei der Herstellung bilateraler Beziehungen, ob auf politischer oder wirtschaftlicher Ebene, immer eine dritte Partei im Hintergrund wirkte. Das waren von Anfang an Vertreter der Bundesrepublik, Diplomaten oder Handelsvertreter. Über die anderen will ich nicht sprechen.

Auch der Wettbewerb um Handelsgeschäfte, eigentlich unparteiisch, hatte oft einen politischen Hintergrund. Die Diplomaten der BRD waren nach der Wende offen und bestätigten, dass sie alle DDR-Aktivitäten stören oder verhindern sollten.

Die Partner in den Entwicklungsländern, freundschaftlich und offen, wiesen uns unter der Hand oft darauf hin. Es ist interessant, das heute in den Archiven nachzulesen.

Christa: 1982 änderte sich Dein Aufgabengebiet. Du wurdest Leiter des Solidaritätskomitees der DDR.

Achim: Das hing sehr mit meiner Verbundenheit zu Entwicklungsländern zusammen. Solidarität – das war in der DDR ein Grundsatz unseres Staates – und ich machte die Erfahrung, dass er von einer großen Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen wurde. Das zeigte sich u.a. darin, dass

noch 1990 zahlreiche Spenden, über 100 Mio. Mark der DDR, eingingen. Es war kein „totes Kapital“, sondern vorgesehen für konkrete Solidaritätsmaßnahmen in Ländern Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und auch Osteuropas.

Christa: Fast jeder von uns erinnert sich an diese breite Bewegung. Sie war schon für unsere Kinder Bestandteil des Denkens und Fühlens. Sie wurde zur Tat beim Sammeln von Geld, Spielsachen, Schulmaterial usw.. Welches waren die Arbeitsschwerpunkte des Komitees?

Achim: Unter dem Leitgedanken „Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker“ waren es vor allem Projekte auf dem Gebiet der Bildung, der Überwindung des Analphabetentums, zur Verbesserung des Gesundheitswesens und nachhaltige Aktionen zur Überwindung der Armut und Rückständigkeit. Dazu gehörte auch Hilfe bei Naturkatastrophen.

Christa: Was geschah nach 1990 mit diesen Spendenmitteln?

Achim: Als Generalsekretär des Solidaritätskomitees war ich verantwortlich für die Spendengelder der Bürger. Nach der Währungsunion waren es immerhin noch über 50 Mio. DM. Die Treuhand legte plötzlich ihre Hand auf dieses Geld und untersagte die Weiterarbeit des Nachfolgevereins. Noch heute bin ich stolz darauf, allen Anfeindungen und Verunglimpfungen zum Trotz die Gelder durch gerichtliche Festlegungen für die weitere Verwendung in der internationalen Solidaritätsarbeit gerettet zu haben.

Christa: Du hattest ein bewegtes Berufs- und Arbeitsleben, ist über 50 Jahre verheiratet und hast zwei Kinder. Heute lebst Du in Rangsdorf, bist dort politisch aktiv – warum? ->

Was wird aus dem deutschen Gesundheitswesen?

Ein Bildungsabend mit Dr. Wolfgang Erlebach

Fortsetzung von Seite 2

Achim: Die Frage, warum ich angesichts meines Alters noch politisch aktiv bin, wurde mir schon oft gestellt. Das hat vor allem zwei Gründe: Erstens denke ich, dass die politische Niederlage, ein neues Gesellschaftssystem in der DDR aufzubauen, doch nicht bedeutet, sein bisheriges Leben und seine Anschauungen zu verneinen und sich der gesellschaftlichen Mitwirkung zu entledigen.

Und zweitens denke ich, dass wir in der Demokratie, in der wir jetzt leben, an der Überwindung begangener Fehler mitwirken sollten und uns nicht zurückziehen. Wir sehen und hören doch in der Medienwelt, dass konservativen und rechten Meinungen größere Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Die gesellschaftliche Arbeit in Rangsdorf ist vielseitig. Der Ortsverband ist klein und neue Mitglieder sind wünschenswert. DIE LINKE ist mit drei Fraktionsmitgliedern in der Gemeindevertretung präsent. Die Einwohnerzahl Rangsdorfs hat in den letzten Jahren zugenommen und nimmt weiter zu. Mit dieser Zunahme verändert sich das geistig-kulturelle Niveau. Es verändert sich das Wählerpotenzial. Die Linkspartei versucht, diesen Veränderungen Rechnung zu tragen. Wir verfolgen in der Kommunalpolitik das Ziel, Interessenvertretung der Bürger der Großgemeinde (Rangsdorf, Groß Machnow, Klein Kienitz) zu sein, und sind allen Vorschlägen gegenüber offen, die den Bürgern nutzen und zur Lösung ihrer Probleme beitragen.

Christa: Ich danke Dir für dieses aufschlussreiche Interview und wünsche Dir weiterhin Gesundheit, Freude und Erfolg. <

Buchempfehlung:

„Nie vergessen – Solidarität üben“
von Achim Reichardt
(ISBN 3-89706-871-0)

Diese Frage versuchten Dr. Wolfgang Erlebach, Mitarbeiter für Arbeit, Soziales und Gesundheit Landtagsfraktion der LINKEN, sowie die Teilnehmer am Bildungsabend in Luckenwalde zu beantworten.

Im Programmentwurf der Linkspartei finden wir dazu Folgendes: „Die Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse wie Wohnen, Bildung und Gesundheit muss für jeden Menschen unabhängig von seinem Geldbeutel gewährleistet werden.“ Lese ich Berichte über das Gesundheitswesen, komme ich mir vor wie bei einem Text über einen kapitalistischen Großbetrieb der Metallbranche – es geht um Kosten und Gewinn, als ließe sich der menschliche Körper wie eine Maschine regulieren.

Studien belegen, dass Besserverdiener eine sieben Jahre höhere Lebenserwartung haben als Niedriglohneempfänger oder Arbeitslose. Woran liegt das? Schon unterschiedliche Wohngebiete weisen darauf hin, z.B. in Berlin Zehlendorf, Steglitz, Wilmersdorf einerseits, Berlin-Mitte, Kreuzberg, Neukölln andererseits. Grünflächen, Spielplätze, Parks, geräumige Wohnungen (Villen) stehen den einen zur Verfügung – gesunde Umgebung. Und die anderen? Die unterschiedliche Ärztedichte spricht Bände und die Kopfpauschale und Zuzahlungen lösen keine gesundheitlichen Probleme, sie veranlassen höchstens Niedrigverdiener, manchen Arztbesuch zu verschieben. 10,4% des BIP (Brutto-Inlandsproduktes) werden für Gesundheit ausgegeben. Das hat sich in den letzten 20 Jahren kaum verändert. Daraus soll sich eine Kostenexplosion ergeben?

Die Politiker müssten steuernd eingreifen. Darunter versteht die jetzige Bundesregierung eine Erhöhung des Eigenanteils der Patienten, die Praxisgebühr, die Budgetierung für die Leistungen der Ärzte, Bonusysteme. So wird das Solidarprinzip

aufgeweicht. SPD/DIE LINKE/Grüne wollen eine Bürgerversicherung, die FDP plädiert für die Kopfpauschale, das marktwirtschaftliche Modell, der Beitrag entspricht dem Gesundheitsrisiko. Nur 20% der Krankenhäuser sind in öffentlicher Hand. Minister Rösler will die Arbeitgeberanteile für die GKV einfrieren.

DIE LINKE tritt für eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze ein, dann kämen mehr Besserverdiener als Einzahler in Frage. Eine gute Lösung wäre, für alle die Grundversicherung bei den gesetzlichen Kassen anzusiedeln und evtl. Zusatzversicherungen über die privaten Krankenkassen abzuschließen. Das Solidarprinzip würde funktionieren. Eine lebhafte Diskussion über die Rolle der Pharma-Unternehmen, „Schwester Agnes“, den Wettbewerb zwischen Krankenhäusern (nicht um höhere Gewinne), die Rolle der Naturheilkunde schloss sich an den Vortrag an. Die Gesundheitsprävention spielt in der Politik keine Rolle, die Ausgaben liegen unter einem Prozent der Ausgaben der GKV.

Im Programmentwurf der LINKEN steht zum Gesundheitswesen Folgendes: „Wir wollen eine solidarische Bürgerversicherung im Gesundheitswesen und in der Pflege, in die alle nach Maßgabe ihrer Einkommen einzahlen und die im Bedarfsfall alle medizinischen und pflegerischen Leistungen übernimmt. Wir wollen die Wiedereinführung von poliklinischen Strukturen, also ambulante Behandlungszentren mit angestellten Fachärzten verschiedener Fachrichtungen. Eine Reduzierung der Kosten wird nicht durch Leistungskürzungen, sondern durch eine gesetzliche Kontrolle der Arzneimittelpreise erreicht. Private Zuzahlungen wie auch private Krankenkassen lehnen wir ab. Wichtig ist die Sicherung hoher Qualitätsstandards im Gesundheitswesen.“

*Ingrid Köbke,
Nuthe-Urstromtal*

Linke Politik im Landtag

Handeln gefordert

Die aktuellen Proteste Brandenburger Kommunen im Streit um die Flugrouten des neuen Großflughafens Berlin-Brandenburg International müssen ernst genommen werden. Die An- und Abflugverfahren beim BBI sind nicht Gegenstand des Planfeststellungsverfahrens, sondern werden vom Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung durch Rechtsverordnung festgestellt.

Für DIE LINKE stellen sich jetzt zwei Fragen: Gibt es alternative Routen, die dem von der Deutschen Flugsicherung ins Feld geführten Sicherheitsanspruch genügen und nicht zu diesen neuerlichen Flüglärbelastungen in den Brandenburger Kommunen Stahnsdorf, Teltow und Kleinmachnow führen? Wie können die Bürger Lärmschutz bei veränderten Flugrouten, die vom ursprünglichen

Planfeststellungsbeschluss abweichen, erhalten?

Wir fordern nicht erst in einigen Monaten, sondern umgehend für Klarheit und Transparenz zu alternativen Flugrouten und zusätzlichen Lärmschutzmaßnahmen zu sorgen.

Bestätigung für Politik der Landesregierung

Die Ergebnisse einer Befragung von Infratest dimap im Auftrag des RBB und der Märkischen Allgemeinen Zeitung machen deutlich: Der Zuspruch der Wähler zur brandenburgischen LINKEN ist stabil. Nach dem schwierigen Start und unter den gegebenen finanziellen Bedingungen keine Selbstverständlichkeit. Mit den Ergebnissen der Umfrage erweisen sich die wichtigsten inhaltlichen Anliegen der Brandenburger auch als unsere politischen Prioritäten. Dass



der Zuspruch für Rot-Rot innerhalb eines halben Jahres um elf Prozent gestiegen ist heißt auch, die Brandenburger haben offenbar großes sachliches Interesse an unserer Arbeit und verfolgen, was die Regierung für das Land entscheidet und wie es umgesetzt wird.

Umfragen sind immer Momentaufnahmen. Wir werden weiter intensiv dafür arbeiten, die Zustimmung zur rot-roten Politik zu vergrößern. <

Landes- und Kreiserntefest

Nuthe-Urstromtals Bürgermeisterin, Monika Nestler, im Gespräch mit Ingrid Köbke

I. Köbke: Welche Bilanz ziehst Du nach dem Landes- und Kreiserntefest in Jänickendorf am 11. September 2010?

M. Nestler: Das Brandenburger Dorf- und Erntefest war ein voller Erfolg für die Gemeinde. Das Wetter hat mitgespielt und war somit der Garant für die hohe Besucherzahl. Es war eine Entschädigung aller Mitstreiter, die an der Vorbereitung des Festes teilhatten. Besonders gefreut hat mich, dass sich alle Ortsteile an der Vorbereitung beteiligt haben. Ich bedanke mich bei allen Mitarbeitern der Verwaltung, insbesondere bei den Jänickendorfern, die ihre Höfe geöffnet haben, denn das ist nicht selbstverständlich. Ich bin davon überzeugt, dass viele Jänickendorfer Maßnahmen vorgezogen haben, die ohne das Dorf- und Erntefest noch nicht durchgeführt worden wären. Die Vorberei-

zung eines solchen Festes legt viele Initiativen frei.

Kurz gesagt: Wir haben als Nuthe-Urstromtaler unter Beweis gestellt, was eine große Gemeinschaft leisten kann. Dafür nochmals allen Beteiligten meinen Dank.

I. Köbke: Wie ist es Dir gelungen, so viele Mitgestalter einzubeziehen?

M. Nestler: Ich habe in den Besprechungen mit den Ortsvorstehern, den Gemeindevertretern immer wieder dafür geworben mitzumachen. Natürlich wurden auch viele persönliche Gespräche geführt und ich habe versucht, die Unschlüssigen zu motivieren. Aber es ist nicht mein Erfolg allein, denn der Erfolg hat viele Mütter und Väter. Zum Schluss denke ich, haben auch die Unschlüssigen mein Ziel erkannt, nämlich dass sich

die Gemeinde geschlossen präsentiert und wir die Messlatte für den Nachfolger sehr hoch legen wollten. Dieses Ziel haben wir gemeinsam erreicht.

I. Köbke: Welche kritischen Punkte hast Du entdeckt?

M. Nestler: Kritische Punkte waren auch vorhanden. Zum Beispiel reichten die Parkmöglichkeiten aus Richtung Luckenwalde nicht aus. Der Abbau der einzelnen Stände erfolgte zu früh, so dass die abfahrenden Fahrzeuge während des Programmes an der Hauptbühne ständig vorbeifuhren. Das nächste Mal würde ich eine Zeit genau festlegen und vorher keine Fahrzeuge fahren lassen. Die kleinen Kritikpunkte hinter den Kulissen hat kein Besucher mitbekommen, da sie schnell gelöst worden sind. <

Der 3. Oktober 1990

Ansichten 20 Jahre danach

Entgegen anders lautenden Veröffentlichungen war der 3. Oktober 1990 kein Tag der Vereinigung bzw. Wiedervereinigung, sondern ein Tag des Beitritts der DDR zum Grundgesetz der BRD, also ein Anschluss, weshalb die ehemalige DDR im Behördendeutsch auch noch heute Beitrittsgebiet genannt wird.

In diesem Sinne stimme ich in vielen Punkten mit den Äußerungen des brandenburgischen Ministerpräsidenten M. Platzeck überein. Auch in linken Tageszeitungen gab es ähnliche Ansichten. Aus den oben genannten Tatsachen resultiert u.a. die unterschiedliche Verteilung von Armut und Reichtum in Ost und West. Auch die verschiedenen Rentensysteme und der Zustand des Bildungswesens können so erklärt werden.

Der Artikel 23 des Grundgesetzes der BRD war eingefügt worden, um die Ausdehnung bis an die Grenzen von 1937 vornehmen zu können, was 1990 auch die Vorstellung der CSU in Bayern war. Das Jahr 1990 war nicht

nur prägend für den Niedergang des frühsozialistischen Lagers von Moskau bis Peking wegen schwerwiegender Fehler und Vergehen. Aufgrund der Unfähigkeit der Partei- und Staatsführungen in den sozialistischen Ländern waren die Länder auch ein Eldorado für gegnerische Geheimdienste.

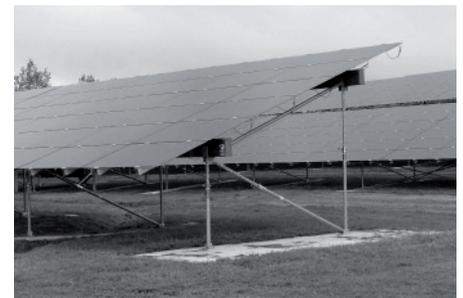
In der DDR war man nicht sonderlich an den Meinungen der Bürger über den Zustand der Gesellschaft interessiert. Die Großdemonstration am 4. November 1989 und das Dokument „Für unser Land“ waren ein Versuch, eine bessere DDR zu gestalten.

Nach dem Versuch einer Wende ging die Entwicklung schnell in die Anfänge einer politischen Revolution über. Die Volkskammerwahlen am 18. März 1990 wurden bereits unter dem Einfluss der BRD durchgeführt. Eine Konterrevolution, die in den Kapitalismus führte, folgte. Demzufolge war der 3. Oktober nur noch eine Niederlage.

Ulrich Wunderlich, Trebbin

Alternative Energie

Am 3. und 4. September 2010 wurde auf der stillgelegten Deponie in Luckenwalde, auf dem Frankenfelder Berg, eine Solaranlage zur Gewinnung von Elektroenergie aus Sonnenlicht eröffnet. Die von 2007 bis 2010 erbaute Anlage ist gerade noch rechtzeitig vor einer Absenkung der Solarstromvergütung des Bundes fertig geworden.



Die Mülldeponie mit einer Fläche von 20ha war von 1940 bis 2005 in Nutzung und hat bis zur Stilllegung eine Höhe von 94,1 Metern erreicht. Sie wurde fachmännisch geschlossen. Auf 2,7ha davon wurde mit 8.982 Dünnschicht-Laminat-Modulen von dem naheliegenden Solarzellenhersteller Nanosolar eine Solaranlage mit einer Leistung von 1,1 MWp Leistung errichtet. Die Strommenge reicht aus, um 1.500 Haushalte damit zu versorgen. Die Anlage wurde mit einem Investitionsaufwand von sechs Mio. Euro veranschlagt. Bauherr war eine Tochtergesellschaft des Südbrandenburgischen Abfallzweckverbandes (SBAZV). Am „Tag der offenen Tür“ am 04.09.2010 nahmen viele interessierte Bürger die Gelegenheit wahr, sich zu informieren. Leitende Mitarbeiter des Unternehmens, so auch der Vorsteher des SBAZV, Lutz Pätzold, standen den Besuchern für Auskünfte zur Verfügung. Sie betonten dabei, dass eine alternative Energiegewinnung nicht nur von ökologischem Vorteil ist, sondern dass auch zukünftig die SBAZV-Kunden an den zu erwartenden Gewinnen teilhaben werden.

Manfred Gustke, Luckenwalde

Auflösung Bilderrätsel



Zu sehen ist hier der Giebel des Heimatmuseums in Luckenwalde. Das alte Fachwerkhaus - früher eine Schule - wurde im Sommer 2003 restauriert. In eindrucksvollem Ambiente kann man über Monarchie und Sozi-

aldemokratie, Freidenker, Erfinder und Fabrikanten, Wirtschaftskrisen, Nationalsozialismus, Planwirtschaft und Währungsunion das wirtschaftliche und soziale Leben Luckenwaldes in den letzten fast 800 Jahren erleben.

Breiten Raum nimmt auch die Geschichte des Stalag III A ein.

Auch ständig wechselnde Sonderausstellungen finden im Heimatmuseum Platz.

Im unteren Bereich des Hauses ist die Touristinformation zu finden. Hier können beispielsweise Karten für die Vorstellungen im Stadttheater Luckenwalde erworben werden.

Notizen aus dem Karl-Liebknecht-Haus

von Maritta Böttcher

Haushalt 2011

Der Bundeshaushalt besteht aus zwei Teilen, nämlich aus einem Lobbyteil und einem Kürzungsteil. Beispiele für den Kürzungsteil: Dadurch, dass das Elterngeld für schwangere Arbeitslose gestrichen wird, können im Extremfall diesen Frauen 32% ihres Einkommens gestrichen werden, im Normalfall 20%. Wenn wir uns vorstellten, DIE LINKE würde fordern, dass Herrn Ackermann und seinen Freunden 32% des Einkommens gestrichen würden, wäre ein Proteststurm in diesem Land entbrannt.

Wir als LINKE fordern die Stabilisierung der Einnahmeseite, die 5% Millionärssteuer, die Finanztransaktionssteuer, Bankenabgabe und die Erhöhung des Spitzensteuersatzes. Der Finanzminister Schäuble behauptet, dass dieser Haushalt trotz aller Kürzungen sozialpolitisch ausgewogen wäre.

Das kann nur als zynisch bezeichnet werden. Der Wegfall des Elterngeldes für Schwangere, die arbeitslos sind, die Kürzung des befristeten Zuschlages auf das Arbeitslosengeld II, der Wegfall der Rentenversicherungsbeiträge für Langzeitarbeitslose und ganz dramatisch der Wegfall des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger – das ist nicht sozial ausgewogen. Das ist Kürzung auf dem Rücken der Ärmsten. Das ist eine zynische Politik.

Der Lobbyteil ist ja erkennbar. Begünstigt wird die Atomlobby. Es ist jetzt schon klar, dass der Finanzminister von der Atomlobby nicht das Geld bekommen wird, was im Haushaltsentwurf eingeplant ist. Es ist ein Haushalt der Industrielobby. Die geplante Energiesteuer wird nicht eingenommen werden. Die Spekulantenlobby wird auch bedient, denn die Finanzmarkttransaktionssteuer, von der im Vorfeld so viel die Rede war,

ist auch nicht im Haushalt enthalten. Die Rüstungslobby wird bedient. Keines der sinnlosen Rüstungsprojekte ist gestrichen worden. Dort sieht DIE LINKE besondere Einsparpotenziale beim Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Dieser Einsatz ist ein Fass ohne Boden. In der Entwicklungshilfe wäre dieses Geld besser aufgehoben.

Aber genau da, wo es nötig ist, bei Geld für die Bekämpfung von HIV, AIDS und Malaria, wird gestrichen. Wir als LINKE fordern die Zurücknahme aller Sozialkürzungen. Wir fordern eine deutliche Aufstockung des Arbeitslosengeldes II für Kinder.

Diese Regierung wird von den mächtigen Lobbyisten aus der Atomrüstung und Pharmaindustrie gesteuert. Sie ist keine Regierung, die sich für das Wohl des Volkes einsetzt. Für die Bürgerinnen und Bürger hat sie jedes Gefühl und jeden Kontakt zu ihnen verloren.

Erhöhung der Mehrwertsteuer

Wir haben nun alle vernommen, dass in den Schubladen des Finanzministeriums ein Gutachten über die Veränderung der Mehrwertsteuer liegt. Es soll möglichst nicht herausgegeben werden, denn in dem Gutachten – so hört man – ist vorgesehen, dass der ermäßigte Mehrwertsteuersatz möglichst abgeschafft werden soll. Das würde besonders Menschen, die wenig Geld haben, hart treffen.

Ich erinnere an die Wahl-Lüge von SPD und CDU in der großen Koalition, als es um die Anhebung der Mehrwertsteuer von 16% auf 19% ging. Damals war von der SPD gar keine Erhöhung gefordert worden. Auch die CDU hatte andere Forderungen in der Öffentlichkeit. Nach der Wahl wurde die Mehrwertsteuer dann um drei Prozent angehoben. Die Kanzlerin muss eine klare Stellungnahme abgeben und erklären, dass es keine Mehrwertsteuererhöhung auf



Lebensmittel geben wird. Ansonsten wird hier die nächste Wahl-Lüge vorbereitet.

Schluss mit dieser Geheimhaltungspolitik!

Jetzt wurde bekannt, dass die Hypo Real Estate zusätzliche Bürgschaften in Höhe von 40 Milliarden Euro braucht. Wir als LINKE können diese Geheimhaltungspolitik überhaupt nicht akzeptieren.

Der Bundestag ist nicht informiert worden. Es ist sehr erstaunlich, wenn man die Stellungnahmen der Vertreter der anderen Parteien hört, die sich darüber erregten, sie wären nicht informiert worden. Der Vertreter unserer Fraktion, Roland Claus, hat in der Sommerpause immer wieder Sitzungen des Gremiums eingefordert. Die Sitzungen wurden stets mit der Begründung abgelehnt, dass die erforderliche Mehrheit von drei Mitgliedern, die eine Sitzung wünschen, nicht erreicht worden sei.

Der Skandal ist, dass die Abgeordneten aller anderen Fraktionen, einschließlich SPD und Grüne, offensichtlich gar nicht informiert werden wollten. Wir als LINKE fordern: Schluss mit dieser Geheimhaltungspolitik. Man kann, da sich viele Debatten auch in den letzten Wochen mit einem Namen verbinden, es vielleicht auch so auf den Punkt bringen: Im Schatten der Sarrazin-Debatte konnten die Banker weiter zocken und die Kontrolle wurde vernachlässigt. <

Bundestag hautnah

Ich habe in diesem Jahr mein Abitur bestanden. Mein Wunsch, Geschichts- und Politikwissenschaften zu studieren, steht seit Monaten fest. Meine Familie und meine Fachlehrerin haben daran einen großen Anteil. Richtige Vorstellungen, wie mein beruflicher Alltag dann aussehen wird, hatte ich bisher allerdings nicht. In den Sommerferien 2009 habe ich bei der Linksfraktion des Landtages hospitiert. Meine Eindrücke von diesem Einsatz wurden im „LinksBlick“ veröffentlicht.

Jetzt hatte ich die Möglichkeit, die Arbeit im Bundestag mitzuerleben. Einige meiner Eindrücke will ich hier wiedergeben und mich damit bei allen, die mir eine interessante, erlebnisreiche Woche ermöglicht haben, sehr bedanken.

Meine Aufregung am ersten Tag war groß. Wen werde ich alles sehen? Wie sieht der Alltag eines Politikers aus? Ist es wirklich das, was ich beruflich machen möchte? Bereits am ersten Tag hatte ich die Gelegenheit, an der Fraktionssitzung der Linkspartei teilzunehmen. Geleitet wurde sie von Herrn Dr. Gysi. Besprochen wurden aktuelle politische Themen, z.B. der Umgang der LINKEN mit dem Buch von Thilo Sarrazin und Stuttgart 21. Die Atmosphäre war kollegial – freundschaftlich, sachlich, aber auch lustig. Ich habe auch an einer Plenarsitzung teilgenommen.

In dieser ging es hauptsächlich um den Haushaltsplan für 2011. Die Haltung der CDU und FDP hat mich erschreckt, die der SPD hat mich erstaunt. Sie haben die unsoziale Politik mit zu verantworten und spielen sich jetzt als das soziale Gewissen auf.

Unanständig ist das Verhalten, wenn die Linkspartei ihre Positionen darlegt. Viele Abgeordnete der anderen Parteien verlassen den Saal und lassen damit meiner Meinung nach den nötigen Respekt vermissen. Ich trage die Positionen der LINKEN voll



Schon vor der Sommerpause waren wir, die Mitglieder der Basisgruppe 11/12 der Kreisstadt, uns einig, ab September unsere Mitgliederversammlungen zu nutzen, um uns mit dem Inhalt des ersten Entwurfes für ein Parteiprogramm zu beschäftigen. Einleitende Bemerkungen und Diskussionen in unserer Mitgliederversammlung im September waren besonders geprägt von der Präambel und dem ersten Hauptabschnitt. Fragen wie: „Was ist der demokratische Sozialismus? Ist dies noch Zielstellung zum gegenwärtigen Zeitpunkt? Wann wird es gesellschaftliche Veränderungen geben?“, wurden aufgeworfen.

Trotz unterschiedlicher Auffassungen waren wir uns am Ende der Diskussion darüber einig, dass der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte ist. Für die Partei gibt es nur die Alternative des demokratischen Sozialismus.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der Freiheit und Gleichheit zur Bedingung der solidarischen Entwicklung aller wird. Gegenwärtig einen Zeitpunkt zu nennen, ist unrealistisch. Veränderungen werden durch die internationale und nationale Entwicklung bestimmt und durch das Wirken der patriotischen Kräfte

mit.

Interessant war auch ein Gespräch mit Dr. Gregor Gysi und Prof. Dr. Karl Lauterbach im Hauptstadtstudio. Dabei ging es um das Verhältnis Linkspartei und SPD. Es wurde weit in die Geschichte zurückgegangen, aber eigentlich geht es doch um gemeinsame Positionen für die Zukunft. Beide Politiker waren sich darin einig. Am Ende der Woche waren viele meiner

Auftakt der Debatte in der BO 11/12 Luckenwalde

beeinflusst. In Anbetracht der Tatsache, dass die Macht des Kapitals steigt und die Unterstützung durch die Bundesregierung und die CDU zunimmt, ist es erforderlich, passiven Unmut in Gegenwehr umzuwandeln. Das ist nicht immer leicht.

Ein weiterer Punkt, der zum Meinungsaustausch führte, ist die Feststellung im Entwurf, dass im vereinten Deutschland die Errungenschaften und Erfahrungen der Ostdeutschen nicht genutzt wurden. Was für eine Wahrheit! Sie wurde von allen Teilnehmern unterstützt. Wir können uns heute noch nicht damit abfinden, dass Errungenschaften der DDR, die von uns erobert wurden, wie z.B. Kindergartenplätze, Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau, Bildung für alle, nicht nur nicht anerkannt, sondern ignoriert worden sind.

Bei der weiteren Diskussion und Überarbeitung des Entwurfs gilt es zu überlegen, ob der erste Teil im Abschnitt eins, wo es um die Entwicklung im 18. und 19. Jahrhundert geht, nicht etwas kürzer gefasst werden kann. Damit würde das Papier auch etwas dünner werden. Die interessante Diskussion setzen wir im Oktober mit dem Teil 2 fort.

Dieter Werner, Luckenwalde

Fragen beantwortet. Ich habe fast alle Politiker gesehen. Der Arbeitsalltag eines Linkspolitikers, denn nur den kann ich beurteilen, ist stressig und oft sehr, sehr lang. Doch ich bin bereit, diesen Weg zu gehen und nach dem Abschluss meines Studiums politisch zu arbeiten. Arbeit, bei der ich etwas für alle Menschen tun kann. Das verstehe ich unter Politik.

Martin Zeiler, Luckenwalde

Gefahr Gorleben

Was DDR-Geowissenschaftler bereits wussten

Als vor einigen Monaten die sensationelle Meldung durch alle Medien ging, dass man in der Lausitz eine riesige Kupferlagerstätte entdeckt habe, schüttelten die Insider nur den Kopf, denn diese Lagerstätte war von DDR-Geowissenschaftlern schon lange erkundet. Die sicher gewollte Falschinformation wurde dann auch schnell korrigiert.

Die Nutzung dieser Lagerstätte war und ist aufgrund ihrer Tiefe sehr schwierig. Kupfererz war damals auf dem Weltmarkt relativ billig zu haben, sodass eine Förderung in der Lausitz ökonomisch nicht vertretbar war. Inzwischen sind die Weltmarktpreise für Kupfer enorm erhöht. Des Weiteren ist durch die früheren Erkundungsarbeiten und die Prospektionsunterlagen aus DDR-Zeiten ein enormer Vorlauf geschaffen.

Die DDR war unstrittig das geowissenschaftlich am besten erkundete Land in Europa. Im Übrigen werden auch andere wissenschaftliche Leistungen der DDR gern ignoriert, sie gehen nicht in die Bilanz der „ach so maroden“ DDR ein.

Ein weiteres Beispiel, wie wissenschaftliche Erkenntnisse aus DDR-Zeiten von der Bundesrepublik missachtet werden (in diesem Falle fahrlässig gewollt), ist das Wissen über die geologischen und tektoni-

schen Verhältnisse um Gorleben. Dass der Salzstock Gorleben als Endlager für radioaktiven Atom Müll völlig ungeeignet ist, war schon Ende der 60er Jahre sowohl aus Untersuchungen der BRD-Geologen als auch durch ähnliche Untersuchungen der DDR bekannt. Zunächst wurden die westdeutschen Fachgutachten von der Politik ignoriert und umgeschrieben. Man wollte ja unbedingt an der Grenze zur DDR ein Atomendlager haben (Wenn es schief geht, sind die aus der Zone auch betroffen.). Die geologischen Erkundungen auf dem Gebiet der DDR hatten eine andere Aufgabe, nämlich die Erkundung von Erdöl und Erdgas, dabei wurden auch die tektonischen Verhältnisse (Mobilität im Untergrund) deutlich. Es zeigt sich, dass die Salzstrukturen um Gorleben sehr instabil sind. Bei diesen instabilen tektonischen Verhältnissen und unter hohem Druck verhält sich das Salzgestein wie eine zähe Flüssigkeit. (Auf eine weitere fachliche Erläuterung muss hier verzichtet werden.).

Die Erkundung nach Erdöl/Erdgas erfolgte unmittelbar an der Grenze zur Bundesrepublik. Dabei wurden Bohrungen bis zu einer Tiefe von 4.000 Metern vorgetrieben. Unmittelbar an der Grenze gegenüber von Gorleben ereignete sich eine folgen-

schwere Havarie. Ein Gemisch aus Erdgas und Salzlauge schoss unter hohem Druck aus einem Bohrloch unkontrolliert heraus, entzündete sich, es gab einen Toten und mehrere Verletzte. Der verheerende Unfall war natürlich Insidern bekannt, obwohl die DDR-Presse nicht darüber berichtete. Auch auf der anderen Seite der Grenze konnte das nicht unbemerkt geblieben sein.

Andere Untersuchungen, darunter zu einem ganz kleinen Teil auch durch den Verfasser, zeigten, dass die Salzstrukturen nicht zur Ruhe gekommen und sehr instabil sind. Die Proteste der Atomkraftgegner damals und auch heute haben ihre volle Berechtigung. Die wissenschaftlichen Unterlagen befinden sich heute bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) als Rechtsnachfolger des Zentralen Geologischen Instituts der DDR (ZGI). Die unter Verschluss befindlichen Unterlagen will man nicht zur Kenntnis nehmen.

Nunmehr „erdreistet“ sich die Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Dorothee Menzner, diese Erkenntnisse aus anderen Quellen öffentlich zu machen, denn man konnte zwar die Leistungsträger der DDR abwickeln, aber nicht ihr Gehirnschmalz.

Dr. Rudolf Haase, Geophysiker

Hannes Wader in Zossen

Zum 24. November 2010 um 19.30 Uhr lädt der Förderverein Naturpark „Baruther Urstromtal“ e.V. in Zossen und die Evangelische Kirchengemeinde Zossen zu einem Konzert mit Hannes Wader in die Dreifaltigkeitskirche in Zossen ein. Der Kartenvorverkauf hat bereits begonnen.

Unterstützt wird die Veranstaltung vom „Verein der Bundestagsfraktion DIE LINKE e.V.“. Der Verein wurde

im November 2000 gegründet, manchen ist noch der Name „Verein 2002 e.V.“ bekannt, nach dem Einzug der LINKEN in den 16. Deutschen Bundestag hat sich der Verein den neuen Namen gegeben.

Der Verein fördert Veranstaltungen, Projekte und Ausstellungen politischer und kultureller Art. Er ist ein Zusammenschluss von Bundestagsabgeordneten und Mitarbeitern. <



Kerstin Kaiser in Blankenfelde

Unter der Losung „LINKE halten ihr Wort“ trafen sich in Blankenfelde am Mittwoch, dem 22.09.2010 ca. 60 Genossinnen und Genossen sowie interessierte Bürger aus Blankenfelde, Mahlow und Dahlewitz mit der Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Brandenburger Landtag, Genn. Kerstin Kaiser, zu einem interessanten Gespräch. Sie wies darauf hin, dass es zur Tradition der LINKEN gehört, sich mit den Genossen und Wählern regelmäßig über die politische Arbeit auf Regionalkonferenzen, Bürgergesprächen und Versammlungen zu verständigen.

Das Ziel der Regierungsmitgestaltung der LINKEN ist, wesentliche Fragen der Bildung, der Investitionen, der Förderung von bezahlter Arbeit im Öffentlichen Sektor, der Aufhebung der Präsenzpflicht für Asylbewerber u.a. umzusetzen, was in bisheriger Oppositionsarbeit nicht möglich war. Erste Schritte wurden eingeleitet wie KITA-Förderung, Einstellung neuer Lehrer, zur Verbesserung der Chancengleichheit BAFöG für Schüler der 11. Klassen, die aus finanzschwachen Familien kommen.

Erschwerend für die weitere Gestaltung linker Politik ist die angespannte Finanzlage, da die Zuschüsse des Bundes und die eigenen Einnahmen auf Grund der geringer werdenden Bevölkerung rückläufig sind und die Bundesregierung die weitere Kreditaufnahme den Ländern untersagt hat. Für die Arbeit der Fraktion ist erschwerend, dass die Zahl ihrer Mitarbeiter verringert werden musste. Die Beamten in den Ministerien, waren an eine sozialorientierte linke Politik nicht gewöhnt. So mancher Entscheidungsweg dauert durch die Koalitionsarbeit mit der SPD auch länger als vorher abzusehen war.

Es muss auch darauf verwiesen werden, dass über die Arbeit der Minister der LINKEN sowie die Fraktion insgesamt in den Medien außerordentlich wenig berichtet wird. Mit-

glieder der Partei sind aufgefordert, diesen Sachverhalt auch durch eigene Beiträge und Forderungen an die Medien, insbesondere an den RBB, zum Ausdruck zu bringen und Beschwerden dort vorzutragen.

Weiterhin wurden zu Problemen der Fluglärmbelästigung, der Einflugschneisen, des Nachtflugverbotes und der dazu zu erwartenden Gesetzesänderung und zur Polizeireform Fragen gestellt und Meinungen geäußert. Dabei hat K. Kaiser betont, dass die Fraktion der LINKEN sich um diese Fragen sorgen und soweit Bundesratsinitiativen notwendig und erfolgsversprechend sind, diese auch einleiten wird. Sie werden dafür sorgen, dass Polizei im Öffentlichkeitsbereich nicht abgebaut wird, mit den Kommunen über die Kriminalitätsbekämpfung sowie die Strukturen der Polizei beraten werden muss, also Strukturveränderung mit der Bevölkerung und den Kommunen beraten werden. Allerdings wirkt auch die Haushaltslage als Bremse für bessere polizeiliche Präsenz.

Die Fraktion wird darauf achten, dass die Zahl der auszubildenden Polizisten von jährlich 150 Anwärtern eingehalten wird, denn in den kommenden Jahren wird es aus Altersgründen einen Mangel an Personen im Polizeidienst geben, wenn jetzt nicht entsprechend gehandelt wird.

Insgesamt gab es eine lebhafte Diskussion, in der Kerstin erklärte, dass ihr die Arbeit in der Fraktion nach wie vor Freude bereitet, sie auf die Unterstützung und Anregung der Genossen und Sympathisanten hofft und weiter erfolgreich arbeiten wird. Mit der Zusammenkunft wurde der politische Herbst der LINKEN in Blankenfelde und Mahlow eingeleitet, Diskussionen zur Tätigkeit der Abgeordneten der LINKEN im Gemeindeparlament und zur Gesundheitsreform werden im Oktober und November folgen.

Dr. Rudolf Schiller, Blankenfelde

Sommerfest



Viel gelacht wurde auf dem Sommerfest der Luckenwalder Senioren.



Auch die Kultur kam zwischen den Grillwürsten nicht zu kurz.



Josef Sagner und Kornelia Wehlan bei einer gemütlichen Tasse Kaffee.



Ein rundum gelungenes Fest, das im nächsten Jahr wiederholt werden soll.

Zu viel Geduld, zu wenig Proteste

Die Bundeskanzlerin kann beruhigt ihr (atom)strahlendes Gesicht aufsetzen. Gemäß den Vorgaben der vier Stromkonzerne werden die Laufzeiten aller Atomkraftwerke (AKW) um durchschnittlich zwölf Jahre verlängert. Das Volk wird nicht gefragt und sogar die Meinung der Landesregierungen will man mit demokratischem Geplänkel, weil im Bundesrat Schwarz-Gelb keine Mehrheit hat, umgehen.

Wer mit Milliardengeschenken zu Lasten der Steuerzahler die Banken stützt, wer die Pharmaindustrie in ihrer Gewinnmaximierung schalten und walten lässt, wer die Rüstungsproduktion und deren Exporte in aller Welt zulässt, wer völkerrechtswidrige Kriege führt, wird doch auch der Atomstromlobby zu Milliarden-Geschenken verhelfen können.

Mit Desinformationen und bestellten Gefälligkeits-Gutachten wird weiterhin das Volk verdimmt. Wie soll sich ein Normalbürger auch zu rechtfinden, die Laufzeitverlängerung der AKW zu deuten? Etwa mit der

Lüge, Atomstrom sei die Brücke zur erneuerbaren Energieproduktion? Die (atom)strahlende Merkel spricht sogar von einer Revolution auf dem Weg zur Rettung des Klimas auf der Erde.

Nein, denn gerade mit der Laufzeitverlängerung wird der Weg zu der erneuerbaren Energieproduktion verzögert und die Effektivität des Energieverbrauches verhindert (Die Stromkonzerne sind natürlich daran interessiert, viel Energie zu verkaufen.).

Wie auch immer diese käufliche Regierung die Laufzeitverlängerung im Sinne der Stromgiganten interpretiert, ein Blick auf die steigenden Aktienkurse der Viererbande (E.on, RWE, Vattenfall und EnBW) unmittelbar nach der Verkündung der Laufzeitverlängerung spricht eine eindeutige Sprache. Fast 100 Milliarden Euro machen diese Konzerne Reingewinn und geben davon nur ein wenig Brosamen ab.

Die Laufzeitverlängerung der AKW produziert darüber hinaus noch mehr radioaktiven Atommüll, deren sichere Endlagerung noch lange nicht in

Aussicht steht und eine Belastung für die Menschheit wird.

Nun frage ich mich ernsthaft, warum dieser Deal bisher ohne viel Widerstand der Bevölkerung über die Bühne gehen kann. Die Atomstromgegner einschließlich der Oppositionsparteien polemisieren, es würde einen heißen Herbst geben und Klagen sollen vor dem Bundesverfassungsgericht erhoben werden. Aber die Kanzlerin nebst Atomstromlobby kann beruhigt sein.

Diese Protestchen kann sie aussetzen, solange sich nicht ein breiter Proteststurm erhebt. Hierbei setzt nach meiner Meinung auch die LINKE zu wenig Akzente. Wir sind das Volk! Aber wo bleibt der Widerstand des Volkes?! Bis zur nächsten Bundestagswahl wird alles vergessen sein. Nur der Atommüll strahlt weiter. Das Volk ist dann wieder gefragt und darf eine Regierung demokratisch nach dem Motto: „Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihren Metzger selber!“ wählen.

Dr. Rudolf Haase, Luckenwalde

Das „Land des Lächelns“ zeigt der Welt, was Zukunft bedeutet

Peking – eine historische Stadt mit Sehenswürdigkeiten des Weltkulturerbes.

Den Yangtse (gelber Fluss), sieht man ihn auf einer Postkarte, hält man für eine Erfindung. Shanghai – ein Reiseerlebnis – unzählige Wolkenkratzer, architektonisch stilvoll eingebettet in die Architektur vergangener Zeiten. Der Bulle, ein Exemplar steht in New York in der Wall Street in der Nähe der Börse, präsentiert sich selbstbewusst auch in Shanghai, denn der Staat schreibt schwarze Zahlen. Industrieparks in unvorstellbarer Größe, in denen Firmen aus aller Welt angesiedelt sind. Eine Fahrt mit dem Transrapid,

in Deutschland entwickelt, in China Wirklichkeit, Höchstgeschwindigkeit 430 km/h. Über 100 Millionenstädte, in denen das moderne Leben pulsiert und selbstbewusste Menschen leben. Die größte Stadt Chinas und der Welt mit 33 Millionen Einwohnern, nicht mehr zu überschauen. So könnte ich im Schnelldurchlauf unsere kleine Rundreise durch China wiedergeben. Ich will aber auch nicht verschweigen, dass noch viele ungelöste Probleme zu bewältigen sind. 30 Millionen Arme und 300 Millionen Wanderarbeiter leben am untersten sozialen Rand der Gesellschaft. Die Reiseleiter sprechen auch

diese Probleme offen an genau wie die Probleme des Zusammenlebens der über 50 verschiedenen Kulturen. Nach der Rolle des Dalai Lama haben wir die vier chinesischen Reiseleiter befragt, die uns betreuten. Weder in der Vergangenheit, noch in der Gegenwart wird ihm eine positive Rolle zugeschrieben. Zur gleichen Zeit wie wir war auch die Bundeskanzlerin A. Merkel in China. Ob sie wohl unsere Eindrücke teilt? Eines wird aber sicher jedem Besucher deutlich: Egal welche politische Überzeugung man vertritt, China ist auf dem Weg in die Zukunft.

Marianne Richter, Luckenwalde

Literarisches Russland

Die in Deutschland lebende Russin, Lena Gorelik, hat inzwischen drei Romane geschrieben. Von ihrem zweiten Buch „Verliebt in Sankt Petersburg“, habe ich bereits erzählt. Am besten gefiel mir ihr Erstling: „Meine weißen Nächte“.

Ausgesprochen komisch, dann wieder melancholisch, erzählt sie von ihren ersten Jahren in der BRD. Zu fünf (Vater, Mutter, Bruder, sie und natürlich eine Babuschka) wohnten in einem Raum im Auffanglager nach ihrer Ausreise aus Russland. Es waren schwere Zeiten für das Mädchen Anja (so nennt sie sich), die kein deutsches Wort kannte und von ihren Schulkameraden ausgelacht wurde. Wie gern hätte sie Freundinnen gehabt!

Eine traurige, für die BRD beschämende (meiner Meinung nach bezeichnende) Episode: In die Schule kommt ein Zahnarzt, der bei vier Kindern, die keine Milchzähne mehr haben, je vier Zähne zieht, weil mit dem Gebiss etwas nicht stimmt. Die Mutter hat zwar nicht alles verstanden, aber sie ist der Meinung, „dass die Deutschen bestimmt besser wissen, wie man mit Zähnen umgeht, hier im Westen“. Der Zahnarzt schickt alle zu einem Kiefernorthopäden. Sie bekommen Zahnspangen; das Ganze bezahle die Krankenkasse. Lediglich 3.000 DM sind zu zahlen. Oma sagt, dass von diesem Geld in St. Petersburg eine Großfamilie lange Zeit in Luxus leben könne. Aber das Vertrauen in deutsche Spezialisten ist groß; man ist eben nur Ausländer. Natürlich war die ganze Prozedur völlig unnötig, wie sich später herausstellte.

Anja lernt verbissen deutsch, so dass sie bald akzentfrei sprechen kann. Unbekannte Wörter wie „Zahnspange“ werden im Wörterbuch nachgeschlagen.

Eine lustige Episode: Anja fährt mit



einer russischen Reisegruppe für drei Tage nach Paris. Sie staunt genauso wie der Busfahrer über das viele Gepäck. Es enthält Essen, ein paar Wasserkocher, um im Hotel Tee zu kochen. Anja werden während der Fahrt Schnitzel, Frikadellen, Eier, Kartoffelsalat, Gemüse u.a.m. angeboten. Sie kommt von dem Rundgang erst nach zwei Stunden zurück, und immer musste sie essen. Die Russen dachten sich halt, von dem Geld, das sie sonst für Essen ausgeben würden,

können sie sich eine zweite Reise leisten.

Der Reiseführer sagt: „Wenn ich ihnen in Paris von berühmten Cafés erzähle oder vom besten Kuchen der Stadt, reagiert kaum jemand. Aber wenn ich sage, es gibt noch ein Museum, und das kostet Eintritt, oder lasst uns eine Busfahrt mehr machen, damit wir noch ein Schloss sehen können, das wird aber teuer, dann ist jeder dabei“.

Ein Buch voller witziger, aber auch ernster Episoden, ein Gemisch aus Leichtigkeit und Nachdenklichkeit.

Dr. Renate Klettke, Ludwigsfelde

Herzliche Glückwünsche

*senden die Basisorganisationen und
Vorstände den Jubilaren, die in diesen Tagen Geburtstag feiern*

Irma Hilka in Blankenfelde zum 84. Geburtstag am 12.10.

Ruth Langenthal in Ludwigsfelde zum 79. Geburtstag am 13.10.

Ehrenfried Schenk in Jüterbog zum 72. Geburtstag am 14.10.

Christina Hintze in Luckenwalde zum 91. Geburtstag am 16.10.

Amalie Matthias in Luckenwalde zum 82. Geburtstag am 17.10.

Elisabeth Barsch in Ludwigsfelde zum 76. Geburtstag am 19.10.

Siegfried Frank in Mahlow zum 76. Geburtstag am 26.10.

Inge Hoberg in Werder zum 77. Geburtstag am 28.10.

Sonja Steinert in Nächst Neuendorf zum 76. Geburtstag am 28.10.

Erich Lehmann in Luckenwalde zum 96. Geburtstag am 31.10.

Helga Hundertmark in Luckenwalde zum 79. Geburtstag am 05.11.

Hildegard Polzer in Ludwigsfelde zum 76. Geburtstag am 06.11.

Bernhard Jank in Luckenwalde zum 85. Geburtstag am 28.10.

Hans-Dieter Schmidt in Dahme zum 70. Geburtstag am 28.10.

Friedel Bettac in Am Mellensee zum 75. Geburtstag am 10.11.

Nachtrag zu Katyn

In der September-Ausgabe des Links-Blick habe ich ausführlich zu den Massakern in Chatyn und Katyn berichtet. In der Niederschrift sind noch Zweifel offen geblieben, ob die von Russland am 28.04.2010 veröffentlichten Dokumente in der deutschen Öffentlichkeit wahrheitsgemäß interpretiert wurden, zumal sich auch der russische Staatspräsident Medwedew mit nebulösen Aussagen dazu geäußert hat.

Mit Unterstützung eines Internet-Spezialisten ist es mir inzwischen gelungen, die korrekte Internet-Adresse des Russischen Staatsarchivs auffindig zu machen, die Abbildungen vollständig herunterzuladen und auszudrucken.

Eine vertrauenswürdige Übersetzerin hat dann nach Durchsicht bestätigt, dass davon ausgegangen werden kann, dass die Ermordung der polnischen Gefangenen vom sowjetischen Geheimdienst vollzogen wurde. Bedauernswerte Ereignisse. Den Aussöhnungsbestrebungen zwischen Russland und Polen wünsche ich viel Erfolg.

Manfred Gustke, Luckenwalde

Termine

13.10.10 14.00 Uhr

Redaktion
Geschäftsstelle Luckenwalde

18.10.10 19.00 Uhr

Kreisvorstand
Geschäftsstelle Luckenwalde

20.10.10 09.30 Uhr

Gebietsvorstand Luckenwalde
Geschäftsstelle Luckenwalde

25.10.10 18.30 Uhr

Beratung der BO-Vorsitzenden
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

Kreisparteitag

**Am 27. November 2010
findet ab 9.30 Uhr in der
Kulturscheune Thyrow
die zweite Tagung des 2.
Kreisparteitages DIE LIN-
KE. Teltow-Fläming statt.
Alle Genosinnen und
Genossen sind herzlich
eingeladen, sich auf
diesem Programmparteitag
an der Diskussion zu
beteiligen.**

DIE LINKE.
Kreisverband Teltow Fläming

Clou des Monats

*Den freiwilligen Rückzug aus dem Vor-
stand der Bundesbank lässt sich Thilo
Sarrazin „versüßen“.*

*Die Bundesbank zahlt ihm zusätzlich
1.000,00 Euro Pension, monatlich.*

*Hartz-IV-Empfänger haben
„genügsamer“ zu sein:*

*Ab 1. Januar 2011 soll es ganze fünf
Euro mehr im Monat geben.*

Was sagen die Steuerzahler dazu? <

Sparpaket

Schwarz-Gelb hat es jetzt wahr gemacht.
Das „Sparpaket“ ist auf den Weg gebracht.
Doch nicht komplett, nur in den Teilen,
die an des Volkes Wohl rumfeilen.

Angerechnet wird jetzt das Elterngeld,
so dass es nun den Eltern fehlt.
Renteneinzahlung ist auch zu Ende,
Hartz-IV-Empfänger – brauchen keine Rente.

Heizkostenzuschuss ist gestrichen halt,
da bleibt die Wohnung eben kalt.
Dafür legt jetzt das Klima zu.
Beklagt Euch nicht, gebt endlich Ruh‘.

So wird gespart zu der Ärmsten Schaden.
Wie geht’s nun weiter? Lasst mich raten.
Bei der Verwaltung kürzt man nur zum Schein,
das muss zur Glaubhaftmachung sein.

Doch wo die großen Gelder fließen,
will man für Fehler niemals büßen.
Banken und Konzerne werden strahlen,
das Volk soll doch die Zeche zahlen.

So war’s bisher, so möchte man’s weiter haben,
so können sich Schmarotzer laben.
Wer das nicht will, der bringt sich ein.
Der Gegendruck muss sinnvoll sein.

Rainer Weigt, Klein Schulzendorf

IMPRESSUM

Geschäftsstellen: 14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36, Tel: 0 3371/632267, Fax: 63 69 36,
14913 Jüterbog, Große Str. 62, Tel: 033 72/432691, Fax: 443033,
14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur-Str. 17, Tel: 03378/510653

Spendenkonto: 363 302 74 15,

BLZ: 160 500 00 bei der MBS Potsdam

Redaktionsschluss: 13. Oktober 2010, der nächsten Ausgabe: 17. November 2010

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers
übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming,

V.i.S.d.P.: Tina Senst, E-Mail: info@dielinke-teltow-flaeming.de